

ANTRAG

Antragsteller*in: Robin Exenberger, Markus Trainer, Susanna Riedlsperger

Tagesordnungspunkt: 16. Allgemeine Anträge

A1: Gemeindeland in Gemeindehand

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 Ist es gerecht, jemandem sein Eigentum wegzunehmen, ohne fairen Ersatz dafür zu
3 leisten? Offensichtlich ist es das nicht! Dennoch ist es exakt so den Tiroler
4 Gemeindebürgern ergangen. Unter dem Einfluss des Bauernbundes wurde ein Großteil
5 des Liegenschaftsvermögen von 170 Tiroler Gemeinden an Agrargemeinschaften
6 übertragen, ohne die Gemeinden dafür zu entschädigen. Trotz zwei klarer Urteile
7 durch den Verfassungsgerichtshof wurde dieses Vermögen bis heute nicht zurück
8 übertragen oder ersetzt. Die Schuld für diesen Stillstand liegt vor allem an dem
9 ignoranten Verhalten von Teilen der Tiroler Landesregierung, des Bauernbundes
10 und der Klientelpolitik der Tiroler ÖVP. Es ist unbedingt notwendig, diese
11 Ungerechtigkeit rückgängig zu machen und somit eine Lösung für dieses seit
12 Jahrzehnten andauernde Unrecht zu finden.

13 Wem gehört Tirol? (Historie)

14 Ab Beginn des 20. Jahrhunderts wurde unter der Leitung von Richtern des
15 Oberlandesgerichts Innsbrucks, der Grundbuchsankommision die
16 Eigentumsverhältnisse an sämtlichen Liegenschaften der ehemaligen Monarchie in
17 rechtsstaatlich geführten Verfahren erhoben und die Erhebungsergebnisse im
18 Grundbuch festgehalten.

19 Auf den Flächen der Gemeinden, dem Gemeindegut, durften die ortsansässigen
20 Bauern ihr Vieh, das in ihren Höfen überwintert, auftreiben. Außerdem hatten

21 alteingesessene Familien das Recht, das Gemeindegut für ihre Bedürfnisse zu
22 nutzen, diese hatten sogenanntes Nutzungsrecht, jedoch nie das Eigentum am
23 Gemeindegut.

24 Durch das stetige Wachstum der Gemeindebevölkerung sorgten sich die
25 Nutzungsberechtigten immer mehr um ihre Privilegien.

26 Einige Agrarier behaupteten, dass das historische Grundbuch falsch angelegt sei,
27 da das Wort Gemeinde früher anders interpretiert wurde als heute. Und zwar waren
28 laut ihnen die alteingesessenen Bauern damit gemeint und nicht die heutige
29 politische Gemeinde, wie wir sie kennen. Diese Behauptung wurde jedoch mehrfach
30 von Höchstgerichten widerlegt und entspricht somit nicht der Wahrheit.

31 Die Nationalsozialisten in Österreich waren bemüht, die Bauern auch in
32 Österreich auf Ihre Seite zu bringen, um ihrer Doktrin eine stabile Basis
33 aufzubauen. Deshalb ergriffen die Nazis in Osttirol, das dem Gau Kärnten
34 angegliedert wurde, Partei für die bis dahin Nutzungsberechtigten. Aus diesem
35 Grund wurde das gesamte Fraktions- und Gemeindegut des Bezirks ins Eigentum der
36 Nutzungsberechtigten übertragen. Um dies zu realisieren wurden die
37 Nutzungsberechtigten jeder Gemeinde jeweils zu sogenannten Agrargemeinschaften
38 zusammengeschlossen und diesen das Gemeindegut als Eigentum übertragen.

39 Nach dem zweiten Weltkrieg setzte die Tiroler Landesregierungen das unter den
40 Nazis begonnene Prozedere ebenso in Nordtirol fort.

41 Sowohl das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshof^[1] 1954, das eindeutig
42 beschreibt, dass die Flächen seit jeher im Eigentum der politischen Gemeinde
43 standen und nicht in dem der Agrarier, als auch der Verfassungsgerichtshof^[2]
44 (Erkenntnis 1982) beschreiben die Vorgänge, der für dieses Unrecht
45 Verantwortlichen als klar verfassungswidrig. Diese höchstgerichtlichen
46 Entscheidungen wurden von der ab dem zweiten Weltkrieg in Tirol dominierenden
47 Volkspartei völlig ignoriert.

48 Schlussendlich wurde den Gemeinden und somit allen Bürgern eine Fläche von rund
49 2.300 km² rechtswidrig enteignet. Außerdem wurden ca. weitere 1.300 km² unter
50 agrargemeinschaftliche Verwaltung gestellt. Das bedeutet im Endeffekt, dass die
51 Gemeinden keinerlei Eigentumsrechte mehr besitzen und den Agrargemeinschaften
52 und deren Machenschaften eiskalt ausgeliefert sind.

53 Zusammengelegt ist dies eine Fläche, die größer als die Landesfläche des
54 Bundeslands Vorarlberg ist.

55 Ein maßgebliches Ereignis der Causa war das Erkenntnis Mieders 2008 des
56 Verfassungsgerichtshofs. Dieses bezeichnet die dortige Übertragung des
57 Gemeindeguts in das Eigentum der Agrargemeinschaft als "offenkundig
58 Verfassungswidrig", jedoch hat die Gemeinde dadurch das Recht auf den
59 Vermögenswert (Substanzwert) der Liegenschaften nicht verloren. Die Rechte, die
60 die Gemeinde früher als Alleineigentümer hatte, stehen ihr jetzt als
61 Anteilsrechte an der Agrargemeinschaft zu.

62 Auf dieses Erkenntnis des VfGH musste die Landesregierung reagieren, denn eine
63 weitere Entscheidung des VfGH vom 5.12.2009 stellte ausdrücklich klar, dass das
64 Erkenntnis zum Gemeindegut der Gemeinde Mieders nicht als Einzelfallentscheidung
65 erging, sondern auf alle Fälle des Gemeindegutes Anwendung zu finden hat. Also
66 wurde im Tiroler Landtag am 17.12.2009 ein Gesetz beschlossen, nach dem der
67 sogenannte Substanzwert des Gemeindegutes, also alles außer der althergebrachten
68 land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrecht, der Gemeinde zusteht. Dieses
69 Gesetz hat jedoch eine gravierende Lücke. Eigentümer des Gemeindeguts bleiben
70 nach wie vor die Agrargemeinschaften und ausschließlich die (meist bäuerlichen)
71 Vertreter dieser sind auf den Konten zeichnungsberechtigt. Das hat zur Folge,
72 dass nach der Einführung des neuen Gesetzes kaum Gemeinden das ihnen zustehende
73 Geld erhielten. In den Jahren von 2008 bis 2013 haben die Agrargemeinschaften
74 schätzungsweise 150 Millionen Euro eingenommen. Laut einer damaligen Aussendung
75 der ÖVP! Erhielten die zu entschädigenden Gemeinden bis zu diesem Zeitpunkt
76 lediglich 4 Millionen Euro. Der Rest liegt zum Teil weiterhin auf den Konten der
77 Agrargemeinschaften oder wurde zum Vorteil der Nutzungsberechtigten genutzt,
78 also defacto vernichtet.

79 Somit widerspricht der Zustand nach dem Gesetzesbeschluss weiterhin der
80 Verfassung.

81 Deshalb wollte im Februar 2013 eine Mehrheit der Abgeordneten des Tiroler
82 Landtags (alle außer die der ÖVP) beschließen, dass das Gemeindegut wieder ins
83 Eigentum der Gemeinden zurück übertragen wird. Obwohl es sich bei dem
84 Gemeindeguts-Rückübertragungsgesetz um ein einfaches Landesgesetz, das eine
85 einfache Mehrheit im Landtag benötigt, handelt, kam es nicht zum
86 Gesetzesbeschluss. Warum? Der damalige Landtagspräsident, dessen
87 Familienangehörige vom Gemeindeguts-Rückübertragungsgesetz betroffen wären, hat
88 sich ganz einfach geweigert, den Gesetzesantrag auf die Tagesordnung zu setzen.

89 Trotzdem ist der Krimi hier immer noch nicht zu Ende.

90
91 Mit Feststellungsverfahren wollen die Agrarier Hand in Hand mit den
92 Verantwortlichen auf Landesebene retten, was noch zu retten ist. Bei einem
93 Feststellungsverfahren hat die Agrarbehörde festzustellen, welche Liegenschaften

94 agrargemeinschaftliche Liegenschaften sind und wem sie gehören, insbesondere, ob
95 das Eigentum daran mehreren Parteien als Miteigentümern oder einer
96 Körperschaftlich eingerichteten Agrargemeinschaft zusteht.

97 Wichtig anzumerken ist, dass einem Feststellungsverfahren keine
98 rechtserzeugende, sondern lediglich eine deklarative Wirkung zukommt.

99 **Schadensausmaß**

100 Durch all diese Vorgänge wurde erreicht, dass der Nutzen aus dem Gemeindegut so
101 vieler Gemeinden nicht mehr allen Einwohnern dieser Gemeinden zugutekommt,
102 sondern nur mehr einigen wenigen privilegierten Personen. Leidtragende sind hier
103 nicht nur die leer ausgegangenen Gemeindebürger "zweiter Klasse", sondern vor
104 allem auch die Gemeinden selbst.

105 Den Gemeinden wurde durch die verfassungswidrige Enteignung die Möglichkeit
106 genommen mit ihren Flächen selbst wirtschaftlich zu haushalten. So könnte zum
107 Beispiel ohne diese historischen Ereignisse, eine Teilfinanzierung eines
108 Schulbaus aus dem Schlagen größerer Mengen Holz von den Gemeinden in Betracht
109 gezogen werden, wie es beispielhaft in der Gemeinde Zams zuvor gemacht wurde.

110 Durch die oftmals so großen Gemeindeflächen, die zu Unrecht im Eigentum der
111 Agrargemeinschaften stehen, kommt es auch zu Situationen, in welchen die
112 Gemeinden für die Nutzung eigentlich ihnen zustehender Flächen Miete zahlen,
113 oder gar die Flächen "zurückkaufen" müssen. Das ist vor Allem dort der Fall, wo
114 nicht nur landwirtschaftliche Flächen übertragen wurden, sondern auch zentral im
115 Ort gelegene Flächen. So zahlt zum Beispiel die Gemeinde Neustift für einen
116 Parkplatz im Ortszentrum an die dortige Agrargemeinschaft Miete. In einer
117 Osttiroler Gemeinde steht anscheinend gar die Hälfte des Dorfplatzes im Eigentum
118 der dortigen Agrargemeinschaft. Überall dort, wo das Zentrum von der Übereignung
119 betroffen ist, muss für jede Kleinigkeit, wie etwa den Bau eines Gehsteigs, mit
120 der Agrargemeinschaft verhandelt werden, da diese ja Eigentümerin ist.
121 Unterbleibt diese zähe und zeitaufwendige Verhandlung, gibt es nur die
122 Alternative eines noch zeitaufwendigeren Enteignungsverfahrens oder überhöhter
123 Entschädigungszahlungen.

124 Noch tragischer wirkt das Ganze, wenn doch offensichtlich ist, dass die
125 Rückübertragung des Gemeindegutes an die Gemeinden nicht nur rechtlich möglich,
126 sondern ganz klar verfassungsrechtlich geboten wäre. Den Gemeinden muss wieder
127 die Möglichkeit gegeben werden, auf den Wert und Gesamtnutzen ihres
128 Gemeindegutes zugreifen zu können. Jeder einzelnen Gemeinde stehen die Rechte an
129 dem Gemeindegut in dem Ausmaß zu, wie sie heute noch von den

130 Agrargemeinschaftsmitgliedern ausgeübt werden. Das hätte den großen Unterschied
131 zur Folge, dass die Nutzung nicht mehr nur den Agrargemeinschaftsmitgliedern
132 selbst zugutekommen würde, sondern die Gemeinde mit den daraus resultierenden
133 Mitteln zu Gunsten aller Einwohner wirtschaften könnte.

134 Viele der Probleme, die es derzeit aufgrund finanzieller Engpässe, in Gemeinden
135 gibt, müssten eigentlich nicht sein. Wäre diese verfassungswidrige Enteignung
136 nie geschehen, hätten Gemeinden Kinderbetreuungsplätze mit eigenem Geld vermehrt
137 ausbauen können, und auch sonstige Mängel, die aufgrund der finanziellen
138 Situation existieren, hätten nie sein müssen.

139
140

Forderung

141 Dieser Tiroler Krimi kann aber ein Ende nehmen. Es braucht die sofortige
142 Rückübertragung des verfassungswidrig enteigneten Eigentums an die Gemeinden,
143 denen es zusteht. Dies könnte bereits durch ein einfaches Landesgesetz umgesetzt
144 werden.

145 **Wir JUNOS - Junge liberale NEOS Tirol fordern daher ein Gesetz über die**
146 **Rückführung des unrechtmäßig an die Agrargemeinschaften übertragenen**
147 **Gemeindeguts zu erlassen.**

148 Explizit in diesem Gesetz enthalten sein muss:

- 149 1. Die Rückübertragung des Gemeindeguts der in der Landtags-Anfrage Nr.
150 352/19 genannten „Gemeindegutsagrargemeinschaften“.
- 151 2. Die Rückübertragung des Gemeindeguts, welches entgegen dem eine Gemeinde
152 zum Zeitpunkt der Regulierung als Eigentümer ausweisenden Grundbuchsstand
153 und damit rechtswidrig von der Agrarbehörde in „Feststellungsbescheiden“
154 als „Nicht Gemeindegut“ qualifiziert worden ist.
- 155 3. Die Rückübertragung des Gemeindeguts jener Agrargemeinschaften, welches
156 diesen im Wege unrechtmäßiger sogenannter „Hauptteilungen“ übertragen
157 wurde.
- 158 4. Die Rückübertragung des Gemeindeguts von Gemeindegutsagrargemeinschaften,
159 bei denen sich die Gemeindegutseigenschaft aus dem historischen Grundbuch
160 ergibt, jedoch laut aktuellem Wissensstand kein agrarbehördliches
161 „Feststellungsverfahren“ stattgefunden hat.

162 5. Die auf typischem Gemeindegut lastenden Regulierungen anzupassen, damit
163 den Gemeinden der Zugriff auf den ihnen zustehenden Substanzwert endlich
164 ermöglicht und sichergestellt wird.

165 **Quellen**

166 1 Erkenntnis VwGh: [https://www.gemeindeverband-](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vwgh1954_vwslg_3560_konstruktion.pdf)
167 [tirol.at/uploads/vwgh1954_vwslg_3560_konstruktion.pdf](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vwgh1954_vwslg_3560_konstruktion.pdf)

168 2 Erkenntnis VfGh: [https://www.gemeindeverband-](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vfgh_erkenntnis_1982_gesetz_prufung_1.3.1982,_vfslg_9336-1982.pdf)
169 [tirol.at/uploads/vfgh_erkenntnis_1982_gesetz_prufung_1.3.1982,_vfslg_9336-](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vfgh_erkenntnis_1982_gesetz_prufung_1.3.1982,_vfslg_9336-1982.pdf)
170 [1982.pdf](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vfgh_erkenntnis_1982_gesetz_prufung_1.3.1982,_vfslg_9336-1982.pdf)